

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 198.

№. 496. Zweite Ausgabe. Sonnabend, 21. Oktober 1905.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14. Telefon-Nr. 11494. Druck und Verlag von Carl Zittel in Halle a. S.

Deutsches Reich.

*** Ostafrika.** Gouverneur Graf Köhn meldet: Das Detachement Marine-Infanterie ist in Mianha eingetroffen. Eine aufwändige Bewegung von Mannschaften wird von Mianha nach Kismayu und Thora gemeldet. Es ist beabsichtigt, die am 21. Oktober in Dar-es-Salaam aus Mafua eintreffenden Südaner baldigt nach dem neuen Aufmarschgebiet in Marid zu setzen.

*** Die zweite Internationale Seerechtskonferenz** in Brüssel einige Tage am 20. cr. über die endgültigen Bestimmungen, die bei Zusammenhören für die Seefahrer auf See Anwendung finden sollen. Obgleich die Konferenz nicht den Zweck hat, ein einheitliches Abkommen zu treffen, hat man doch in der Frage der Vereinfachung der gesetzlichen Bestimmungen auf der gegenwärtigen Tagung einen großen Schritt vorwärts getan. Die überaus wichtigen Schwierigkeiten und die von den auf der ersten Seerechtskonferenz nicht vertretenen gewissen großen Seemächten zum ersten Mal dem gemeinsamen Werk beizutragen haben lassen eine neue, bahnbrechende Verständigung erreichen, als die Folgen und praktischen Ergebnisse einer solchen aus einschneidende Bedeutung werden sind. Heute erfolgt die Unterzeichnung des Protokolls, das den ausmündigen Regierungen die einmütig angenommenen Beschlüsse unterbreitet.

*** Sangerechtsprechung.** Der erste internationale Kongress der Gesellschaften für Gründung von Säuglingsheimen (Gente de lais) ist am 20. cr. in Paris im Institut Pasteur unter dem Vorsitz des Finanzministers eröffnet worden. Unter den fremden Vertretern befindet sich Dr. Neumann-Werlin.

Einige Randbemerkungen zu dem Streit über das letzte Verarbeiter-Gesetz.

Unter diesem Titel veröffentlicht „Einer, der dabei war“ und in dem wir wohl einen hervorragenden konservativen Parlamentarier vermuten dürfen, in der „Konservativen Monatschrift“ (Verlag von Neimar Hobbing in Berlin) folgenden bemerkenswerten Aufsatz:

Das Interesse, welches diesen Dingen zu Grunde lag und liegt, ist wesentlich ein soziales und ein solches der allgemeinen inneren Politik; die technischen Fragen des Bergwesens kommen weniger in Betracht.

Gerade jene erlittenen Seiten der Sache oder weisen Frage auf, denen man vom konservativen Standpunkte aus nicht ohne Belangnis gegenübersehen kann.

Die soziale Forderung für die minderbemittelten Teil unserer Volkes und überhaupt der soziale Fortschritt sind und bleiben ja eine Karole der konservativen Partei.

Über diese Forderung, dieser Fortschritt müssen sich auf jeder Seite der Grundfrage vollziehen, wenn sie Wert und Dauer haben sollen.

Deshalb kann die konservative Partei die wirtschaftlichen und sonstigen Interessen des Lohnarbeiters nicht ohne Rücksicht auf die Arbeitgeber und nicht ohne Rücksicht auf das Gesamtinteresse des Landes betrachten und vertreten. Das würde sonst die Natur der Arbeit, die als solche doch nicht bloß auf Seiten der Lohnarbeiter besteht, würde den inneren Zusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft verformen, würde zum Klassenkampf, anstatt zur Befriedigung der Interessen der Bevölkerung führen.

Von diesem Standpunkte aus angesehen, erheben es von vornherein als ein sehr bedeutender Fortschritt jenes Gesetzes, wenn man einen Male die Arbeiterfrage als eine — zunächst der gewerblichen Bergwerksbetriebe — offiziell und obligatorisch, nicht durch den Arbeitgeber, sondern viel eher ihm gegenüber organisiert wurde.

Die Befürchtung war und ist nicht von der Hand zu weisen, daß es hier nicht bei der rein wirtschaftlichen Verteilung der Arbeitskräfte stehen, sondern daß sich daraus glatte Maßnahmen entwickeln werden.

Dies um so schneller und um so gewisser, als die Möglichkeit besteht, daß die Sozialdemokratie sich auch dieser sozialen Organisation für ihre Zwecke bemächtigt, dann tritt eben förmlich die falsche Behandlung der Dinge zum Zwecke des Reichens ein, was zur Zeit die Aufgabe eines Streikes von Arbeitern ist, sondern eine Schwärzung der gegenwärtigen Steigerung der Ansprüche über das geübliche, mit der Prosperität des Gewerbes und Betriebes, seiner Konkurrenzfähigkeit im Inlande und Auslande nach verhältnismäßig zum Schaden, insbesondere auch aller Konventionen, ein. Und dann schämen sich die christlichen Arbeiterorganisationen an sich nicht (wie ja recht deutlich die Geschichte der Bergarbeiterbewegung der letzten Monate beweist), sondern die Sozialdemokratie gibt den Ton und die Forderung an und die anderen Organisationen folgen und müssen folgen; sie beherzigt so die gesamte Arbeiterfrage, denn unorganisierte Arbeiter gibt es nun nicht mehr, oder sie sind der Organisation gegenüber völlig hilflos und machtlos, wie es bei dem heutigen Stande der Gesetzgebung 3. B. auch der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Arbeiter ist. Wo kommen wir auf dem Wege hin? Wo bleibt die Ordnung, wo Autorität!

Sind das nicht Mittel, um den sozialdemokratischen Anhang geradezu lüthlich zu vertreiben und das zu Zeiten, wo man den offenen Kampf gegen diese Kraft nicht unersetzlich bedürftig ist und vermeidet!

Der schärfste Mitleidenswerter begreift es etwas nicht. Er wird es aber verstehen, wenn die Konservativen, obwohl an sich bereit, ein soziales Werkzeug der Verständigung in ganz großen Betrieben, wo sich sehr zahlreiche Arbeiter einem — oft unverschämlichen — Arbeitgeber gegenüber befinden, zu schaffen, sich ihre Mühsalung davon abhängig machen, daß gegen jene Beherrschung der neuen sozialen Organisation, freies der Sozialdemokratie unbedingend oder doch, so gut als möglich, Vorzüge gewährt werden, und als solche Vorzüge von der Regierung abgeleitet wurde, ihre Zustimmung zu dem ganzen Gesetze verweigern!

Schwer verständlich, wie gelang, diese Haltung der Regierung, hatte sie schon durch Einbringung oder Verpeicherung dieses Gesetzes gegenüber konträrthürigen Arbeitern einen sehr bedeutenden Schritt getan: nun auch noch dies!

Die Regierung hätte ja doch eine Mehrheit für ihr Gesetz im Landtage auch mit den Konservativen haben können, wenn sie sich entschlossen hätte, die geheime Wahl der Arbeiter-Ausführungsmitglieder zu lassen.

Warum wollte sie das durchaus nicht?

Ist denn die geheime Wahl schon ein beträchtlicher Rechtsgrundlag geworden oder soll er es dauernd werden, daß seine Anstiftung ein „Unannehmbar“ hervorruft?

Der wollte die Regierung bloß der Partei, die wegen Befähigung der geheimen Wahl Gewalt hätte, dem Zentrum, aus diesen oder jenen Gründen durchaus nicht „an den Wagen fahren“?

Dann wäre es freilich auch wieder ein laienhaftes Verhalten der Konservativen gewesen, durch die Verweigerung ihrer Unterstützung, im letzten Stadium der Verhandlungen, das Zentrum nun doch wenigstens zu nötigen, seinerzeitige politische mitzuarbeiten für diejenige Sache des Gesetzes, die in den Augen des Zentrums toleranzlos und somit für dieselbe auch die Pflicht entfällt, später einmal im Reichstage für die Erhebung der Dinge einzutreten. — Und das ist um so wichtiger, als sich ja alle Welt vor dem Reichstage für die...

Geschäftsstellen in Berlin Dessauerstr. 14.

Landesgesetzgebung, wenn die Kuris vor der Reichsgesetzgebung schließlich die Entscheidung für bedeutende Bestimmungen bildet, die man „freiwillig“ sonst nicht angenommen hätte?

Die Verhären wäre vielleicht Schule machen, und das wäre im Interesse des liberalen Charakters des Deutschen Reiches ist bedauerlich.

Wird die ganze Entwicklung der Streitfragen, der soziale und wirtschaftliche Kampf, aus dem sie entspringen und bei dem nicht bloß die Arbeiter, sondern vielmehr auch die Arbeitgeber durch eine gewisse, wohl auf dem Gebiete ihres guten Willens beruhende, aber immerhin doch vermeidliche Schwäche des Aufstretens mancher gegnerischen Lager solange gehalten wurden, bis die Männer über diese gefehliche Materie bilden ein wenig erleuchtetes Bild, und man muß im Interesse des Volkes, des sozialen Friedens, der Autorität, der Staatserhaltung wünschen, daß sich nicht derlei wiederholt!

Ausland.

Österreich-Ungarn.
Aus dem böhmischen Landtag.
Die Regierung legte am 20. cr. eine Vorlage betreffend die Änderung der Kanalarbeitverordnung und der Landesordnung vor.
Teilnahme an der Haager Konferenz.
Die „Rechtliche Korrespondenz“ meldet: Österreich-Ungarn hat der russischen Regierung beauftragt, daß es der Einladung zu der Internationalen Konferenz im Haag folgen werde.

Frankreich.
Zu den Graumattenden in Französisch-Kongo.
Der sozialistische Deputierte Roussier erzählt in der „Humanität“, auf Grund amtlicher Schriftstücke, daß Hauptmann Lhomie, Kommandant des Forts Gamel in Französisch-Kongo, in den Wäldern, fern von jedem Werk, sogenannte Gefangene erwidert habe, in denen die Arbeiter und Arbeiterinnen, mit Stenographiehandschriften versehen, solange gehalten wurden, bis die Männer die verlangten Leistungen erfüllt hatten. — In Paris tritt mit Bestimmtheit das Gerücht auf, daß der Generalminister von Französisch-Kongo, Gentil, nicht mehr nach dieser Kolonie zurückkehren wird.

Ständemänner.

Die Auflösung des schwedischen Koalitionsministeriums.
Stockholms „Dagens Nyheter“ schreibt: Wenn die Abmachungen zwischen Schweden und Norwegen in der nächsten Woche unterzeichnet sein werden, ist die Aufgabe des schwedischen Koalitionsministeriums als beendet anzusehen. Es wird dann die Frage der Bildung eines neuen Ministeriums entstehen, denn die Staatsräte (ohne Parteifarbe) und die Minister (Minister) haben bestimmt, daß sich ein neues Ministerium nicht mehr angeben können, dessen Voraussetzungen zu bestehen aufgehört haben. Ferner verläutet, daß auch der Ministerpräsident Lundeberg und der Minister des Inneren Graf Waldmeier zurückzutreten beabsichtigen.

Schwedische Marinepläne.
„Evenska Dagbladet“ zufolge wird in nächster Zeit eine neue Marinekommission eingesetzt werden, welche ein Programm für Neuanordnungen von Material zur Seeverteidigung ausarbeiten soll.

In der norwegischen Stortingssitzung
am 20. cr. wurde ein vom Justizminister angelegter Bericht zur Änderung des Verfassungsgesetzes gemäß dem Entschluß vom 7. Juni vorgelegt. Die Vorlage wurde von Storting nach kurzer Debatte an den Verfassungsausschuß überwiesen. Nach dem Vorschlag werden an einer Anzahl Paragraphen Änderungen vorgenommen. § 1 soll danach lauten: Das Königreich Norwegen ist ein unabhängiges Reich, die Regierungsförmung des Reiches ist die konstitutionelle und erbliche Monarchie.

Maltesen.

Flührende Albanerbanden.
Die „Recht. An.“ meldet aus Belgrad: Eine Norddrift aus Maltesen zufolge sind die Gegenden um Skutsho, Debra, Scrida und Drimtol von flührenden Albanerbanden überschwemmt, jedoch die Bauern mit ihren Familien und ihrem Gut vor sich in das Gebirge flüchten.

Großbritannien.

Der Prinz und die Prinzessin von Wales
traten am 20. cr. in Genoa ein und schiffen sich kurz vor 5 Uhr nachmittags auf dem englischen Panzerdampfer „Menon“ ein, das heute nachmittag nach Genua abgehen wird.

Prinz Carl von Dänemark
ist zum Ehren-Commandeur der großbritannischen Marine ernannt worden.

Nordamerika.
Nach einer Rede Roosevelt's.
Präsident Roosevelt führte in einer in Atlanta gehaltenen Rede aus die öffentliche Meinung für die Notwendigkeit, der ganzen Unabhängigkeit ein Ende zu setzen, die sich in der Art auswirkt, auf welche einige große Vermögen erworben und verwandt werden. Er verwies bei der Rede, daß die Baumwolle im vergangenen Jahre 40 Millionen Dollars fremdes Geld nach America gebracht hat; der gegenwärtige Markt sei hauptsächlich China, wo America sich bemühe, dem Konflikt ein Ende zu machen, dem es sich unmöglich unterwerfen könne. Der Konflikt sei hauptsächlich verursacht durch American Haltung gegenüber den in die Vereinigten Staaten kommenden Chinesen. Er sei überzeugt, daß die Wohlfahrt der Lohnarbeiter die Ausfüllung der Arbeit erfordere; das Gesetz müsse nur mit so wenig Härte angewandt werden, als möglich, die Höflichkeit, Achtung und Ermunterung müsse den Chinesen entgegengebracht werden, welche nicht Lohnarbeiter sind.

Äthiopia.

Der englische Justizfall.
Der Korrespondent der „Recht. An.“ telegraphiert aus Tanger: Die hier umlaufenden Gerüchte über die angelegten Begehren der

*** Zur Frühstücksstafel** am 19. cr. bei Ihren Majestäten im Neuen Palais waren Admiral v. Tirpitz, Freigantkapitän Gintze, Marine-Attache in Petersburg, und Geh. Regierungsrat Prof. Busley geladen. Nachmittags begab der Kaiser sich im Automobil nach Berlin, besichtigte im Dome das Modell der Kanzel, die Denkmalskizze und die Skulptur und empfing den Bildhauer Walter Schott. Am Freitag morgen machten die Majestäten vom Neuen Palais aus einen Spaziergang. Später gedachte der Kaiser an einer Vorlesestunde bei Doherty teilzunehmen.

*** Grobdominal von Koster.** Eine Meldung von dem beachtlichen Mikritik des Grobdominals v. Koster wird von unternichteter Seite für völlig aus der Luft gegriffen erklärt.

*** Freiherr Eberd von Sternburg** erweist sich besten Wohlsein? Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: Die „Neue Gesellschaftliche Korrespondenz“ verbreitete Angaben über den Gesundheitszustand des Hofkassiers in Washington, welche darauf ausgeht sind, daß Herr Eberd von Sternburg seinen Willen nicht mehr lange werde verleben können. Erfreulicherweise können wir feststellen, daß in dem Weibchen des Hofkassiers nichts vorliegt, was Ausrichtungen dieser Art einschließen könnte.

*** Bundesratsfassung.** Ueber die Finanzierung des Bundesrats am 19. cr. berichtet der „Reichs-An.“ Die Vorlagen betreffend den Entwurf einer Polizeiverordnung über die Einrichtung von Wärdereien und solchen Wärdereien, worin neben Wärdereiwaren auch Wärdereiwaren hergestellt werden, betreffend die Gegenstände wegen Anwendung des Unterhaltungswohnungs-Gesetzes und wegen Uebernahme einer Reichsagentur inbegriffen auf die Eisenbahn von Zuerich nach dem Wärdereiwaren, betreffend die Änderung der Nummern 44, 48 der Anlage B zur Eisenbahnverkehrsordnung, wurden den zuständigen Ausschüssen übergeben. Sodann erfolgte die Beschlußfassung über die vorliegenden Anträge wegen Festsetzung des Budgets des Reichsbeamten und wegen Befreiung der Stellen bei Disziplinärbehörden. Zustimmung wurde erteilt den Ausführanträgen betreffend das Gesetz zur Erleichterung zur Förderung von Auswanderern und zur Befreiung von Wärdereien im baltischen Staat Rio Grande do Sul und betreffend der Befreiung von Korporationsrechten an die mit dem Sitz in Berlin errichtete Zentralafrikanische Bergwerks-Gesellschaft.

*** Aus der hessischen Kammer der Abgeordneten** teilen wir über die Budgetberatung im Hinblick auf unsere gestrige Meldung nach mit: Am weiteren Verlauf der Debatte gab Finanzminister v. Pfaff Aufschluß über verschiedene Anträge und erklärte dabei, daß er über die Einzelheiten der Reichsfinanzreform sich nicht äußern könne. Eberd (Zentr.) erörterte eingehend das finanzielle Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten und verlangte eine solche Reichsfinanzreform, bei der das Verantwortlichkeitsgefühl der Einzelstaaten für die finanziellen Angelegenheiten nicht gesplittert wird, an denen die Parteien, soweit sie bisher übersehen ist, nicht beteiligt sind: Nationalliberale 22, Zentrum 10, Sozialdemokraten 16, Konervative und Bund der Landwirte 7.

*** Das Ergebnis der holländischen Landtagswahlen** ist folgendes: Gewählt sind Zentrum 28, Blok 17, Konervative und Bund der Landwirte 1, Sozialdemokraten 5; es sind 22 Abgeordnete erforderlich, an denen die Parteien, soweit sie bisher übersehen ist, nicht beteiligt sind: Nationalliberale 22, Zentrum 10, Sozialdemokraten 16, Konervative und Bund der Landwirte 7.

